

BERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
SÜDLICHES MITTELMEER**

April 2017

Links

www.kas.de/poldimed



KAS Policy Forum: Protecting Lives and Controlling Migration

Am Rande des EVP-Kongresses in Malta veranstaltete das KAS Regionalprogramm Südliches Mittelmeer am 28. März eine Podiumsdiskussion zum Thema „Protecting Lives and Controlling Migration“ für die Delegierten und andere interessierte Gäste. Die Veranstaltung leistete damit einen Beitrag zur anhaltend hitzigen Debatte zum Thema Migration, deren tiefgehende Auswirkungen sich unter anderem in den Kontroversen zwischen EU-Mitgliedsstaaten über die angemessene Reaktion auf Migrationsbewegungen in Richtung Europa zeigen. Für den Zusammenhalt der EU und ihre zukünftige Ausrichtung stellt das Thema Migration eine richtungsweisende Herausforderung dar.

Die Panelisten waren Mitglied des Europäischen Parlaments David McAllister, der italienische Senator Mario Mauro, Zahra Langhi, eine Vertreterin der libyschen Zivilgesellschaft, ehemaliger EU-Kommissar Dr. Tonio Borg, und Dr. Basem Shabb, Abgeordneter des libanesischen Parlaments.

Nach einführenden Worten von Dr. Canan Atilgan, der Direktorin des KAS Regionalprogramms Politischer Dialog Südliches Mittelmeer, eröffnete David McAllister die Diskussion als erster Sprecher. Er betonte die Notwendigkeit stärkerer Solidarität zwischen europäischen Staaten im Angesicht der Herausforderungen durch Migrationsbewegungen. Er verwies hierbei insbesondere auf drei aktuelle Herausforderungen: Flucht- und Migrationsursachen zu bekämpfen; sicherzustellen, dass Leute denen Asyl zusteht in Europa bleiben können; und eine zügige Rücksendung der Personen zu gewährleisten, die keinen Anspruch auf Asyl in Europa haben. Zur Unterstützung der Ankunftsländer in Europa und für besseres Grenzmanagement befürwortete David McAllister eine gemeinsame europäische Grenz- und Küstenwache.

Der ehemalige EU-Kommissar Dr. Tonio Borg betonte in seinem Beitrag ebenfalls die Bedeutung von Solidarität innerhalb Europas und kritisierte die derzeitige Praxis bei der die Last auf die Staaten an den EU-Außengrenzen geschoben wird anstatt eine gesamteuropäische Lastenteilung für die Aufnahme von Flüchtlingen umzusetzen. Trotz einiger Schritte hin zu einer stärkeren Lastenteilung bleiben diese Entwicklungen aufgrund der vehementen Opposition einiger EU-Mitgliedsstaaten verhalten. Bezüglich der Rücksendung abgelehnter Asylbewerber und der Wiederaufnahme in ihren Heimatländern merkte Dr. Borg fehlenden politischen Willen von Seiten der meisten Ursprungsländer an. Als Reaktion hierauf schlug er die Einführung stärkerer Konditionalitäts-Mechanismen von Seiten der EU vor um die Schließung von Rückübernahmeverträgen zu erleichtern.

Einen weiteren Aspekt der Debatte zu europäischer Solidarität beleuchtete der italienische Senator Mario Mauro indem er auf den gescheiterten europäischen Umverteilungsplan für Flüchtlinge hincwies. Im Rahmen des Plans sollten innerhalb von zwei Jahren 160.000 Flüchtlinge aus den Ankunftsländern auf EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Bis dato erfolgte je-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
SÜDLICHES MITTELMEER**

April 2017

Links

www.kas.de/poldimed

doch lediglich eine Umverteilung von 16.340 Flüchtlingen (5.001 aus Italien und 11.339 aus Griechenland).

Zahra Langhi, eine Vertreterin der libyschen Zivilgesellschaft erweiterte in ihrem Beitrag den Fokus der Diskussion über die EU hinaus und wies darauf hin, dass die als Migrationskrise beschriebene Situation vielmehr eine umfassendere Krise darstellt und einen Testfall für die Einhaltung und Verteidigung der als fundamental beschriebenen Werten durch die EU und andere internationale Akteure. In Bezug auf Libyen als eines der Haupttransitländer für Migration Richtung Europa betonte Zahra Langhi, dass die anhaltende politische Instabilität und das Fehlen eines einheitlichen nationalen Sicherheitssektors zu großen Teilen auf die gescheiterten state-building Versuche der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen seien. Diese Konditionen erschweren nicht nur eine Zusammenarbeit mit Libyen im Bereich Migration sondern tragen auch zu einer Destabilisierung der weiteren Mittelmeerregion bei. Darüber hinaus wird die Migrationsthematik in Libyen durch den rechtlichen Rahmen weiter verkompliziert. Zum Einen hat Libyen die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das dazugehörige Protokoll von 1967 nicht ratifiziert. Zum Anderen kriminalisiert die nationale libysche Gesetzgebung jegliche Art von irregulärer Migration und erlaubt damit die menschenrechtlich fragwürdige Behandlung der ohnehin schutzbedürftigen Migranten die sich in Libyen aufhalten.

Auch Dr. Basem Shabb, Mitglied des libanesischen Parlaments, wies auf die zentrale Rolle einer funktionierenden Regierung für eine effektive Reaktion auf die Herausforderungen durch Migration hin. Hinsichtlich der Lage im Libanon lobte er die Unterstützung der EU für das Land um es bei der Aufnahme hoher Zahlen syrischer Flüchtlinge zu unterstützen und sprach von der guten Zusammenarbeit zwischen der EU und Libanon. Kritisch merkte er jedoch die zunehmende Fokussierung der Beziehungen auf Sicherheits- und Terrorismusthemen an.

Während der anschließenden Diskussion hatten die Gäste die Gelegenheit Fragen und Kommentare an die Panelisten zu richten. Mehrere Kommentare bezogen sich auf die aktuell existierenden EU Instrumente für Migrationspolitik. So betonte einer der Gäste die Notwendigkeit einer neuen Form von Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts ländern. Ein anderer Teilnehmer merkte an, dass bereits eine Vielzahl an Instrumenten zur Verfügung stehe und dass das Augenmerk darauf gelegt werden sollte diese Instrumente effektiv zu nutzen anstatt immer neue Instrumente zu schaffen. Ein weiterer Kommentar betonte die regionale Verhandlungsebene als besser geeignet als bilaterale Abkommen um umfassend auf die Migrationsthematik zu reagieren. Darüber hinaus wurde das EU-Türkei Abkommen als potenzielles Modell für weitere Migrationsabkommen dieser Art diskutiert, da es von vielen Beobachtern als effektive Reaktion auf das Geschäftsmodell von Schmugglern gesehen wird.

Zahra Langhi reagierte auf Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum indem sie vor einem militarisierten Ansatz im Migrationskontext warnte durch den kurzfristige Lösungen über langfristig notwendige Entwicklung gestellt würden. Sie betonte, dass die Diskussion um Solidarität ergebnislos bleibt wenn keine konkreten Maßnahmen getroffen werden um einen umfassenden Ansatz zu Migration zu schaffen, der die Beachtung von Menschenrechten und die solidarische Lastenverteilung in den Mittelpunkt stellt. Mario Mauro hingegen vertrat die These, dass eine Kombination aus einem sicherheitsbasierten und einem humanitären Ansatz notwendig sei um auf die Herausforderungen zu reagieren.

Als abschließende Beobachtungen bemerkten Dr. Basem Shabb und David McAllister, dass neben der EU auch andere internationale Akteure – unter anderem regionale Akteure wie die Arabische Liga, aber auch globale Mächte wie China und Russland – ihre Rolle in der Antwort auf die Migrationsthematik annehmen müssten. Zusätzlich zur stets betonten Solidarität zwischen EU-Staaten müsse aus diesem Grund auch eine globale Solidarität ange regt werden um einen wahrhaft umfassenden Ansatz als Reaktion auf die Herausforderungen durch Migrationsbewegungen zu schaffen.